

Liebe Leserinnen und Leser,

der April hat zwar den Frühling gebracht, der Kampagne aber nur mäßig gute Nachrichten. Bisher waren die Verhandlungen um die Finanztransaktionssteuer zwar zäh, aber es ging voran. Nun scheinen sie zu stocken. Das größte Problem ist dabei nicht die massive Gegenwehr der Lobby, sondern die neue Haltung Frankreichs. Das französische Finanzministerium scheint sich inzwischen mit der unter Sarkozy im Wahlkampf eingeführten Mini-Finanztransaktionssteuer zu begnügen. Bisher war aber Frankreich neben Deutschland und Österreich der größte Befürworter der Steuer. Ohne Frankreich dürfte es viel schwerer werden, den politischen Druck für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen aufrecht zu halten. Zudem hat Großbritannien beim Europäischen Gerichtshof gegen die Steuerpläne geklagt, weil es in der Steuer einen unzulässigen Eingriff in seine inneren Angelegenheiten sieht. Denn durch das Steuerdesign müsste die City of London auch für einige dort getätigte Geschäfte die Steuer abführen. Auch das sorgt für schlechte Stimmung.

Für uns ist das ist kein Grund zum Resignieren, sondern zum Weitermachen. Wie "Steuer gegen Armut" bleibt auch unsere französische Schwesterkampagne am Ball.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Stand der Verhandlungen bei der Verstärkten Zusammenarbeit
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

24. April: Bundesbank-Chef [Jens Weidmann](#) warnt vor der geplanten Finanztransaktionssteuer, u.a. wegen der Auswirkungen auf Repo-Märkte.

21. April: Bundesfinanzminister [Wolfgang Schäuble](#) sieht die Klage der Briten gegen die Finanztransaktionssteuer gelassen entgegen.

19. April: Einige Untergangsmeldungen sind schon regelrecht albern: Die Finanztransaktionssteuer würde ein Milliardenloch in die Bilanz der [LBBW](#) reißen, was die Bank nicht verkraften würde, so der Chef der LBBW, Hans-Jörg Vetter, Gerüchten zufolge im Stuttgarter Landtag.

9. April: Der Think-Tank "[Social Justice in Global Development](#)" wird das 98te Mitglied der Kampagne Steuer gegen Armut.

6. April: Die [Börse Stuttgart](#) steht einer Finanztransaktionssteuer grundsätzlich offen gegenüber, fordert allerdings höhere Steuersätze für außerbörsliche Handelsplätze und die Ausnahme von Market Makern.

3. April: Der [Bankenrettungsfonds Soffin](#) hat seit seiner Gründung 23 Mrd. Euro versenkt. Das [RWI](#) schätzt die direkten und indirekten Kosten der Finanzkrise für Deutschland auf 187 Mrd. Euro.

Entwicklungen im Ausland:

26. April: Laut [OECD](#) ist die Entwicklungshilfe für Überseeländer im letzten Jahr in fast allen EU-Staaten gesunken. Besonders stark haben die Krisenländer gekürzt. Nur Österreich und Luxemburg

haben die Hilfe erhöht.

26. April: Die Robin Hood Tax Campaign protestiert bei der Aktionärsversammlung gegen die Zustände bei [Barclays](#), etwa hemmungslose Steuervermeidung trotz hoher Profite.

25. April: Der [Welt-Malariatag](#) erinnert daran, dass jede Minute ein Kind an Malaria stirbt - unnötigerweise.

23. April: Bei der [IWF-Frühjahrstagung](#) in Washington findet die Finanztransaktionssteuer sowohl innerhalb als auch außerhalb des offiziellen Tagungsorts Anklang.

23. April: Österreichs Kanzler [Werner Faymann](#) kritisiert die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer: Großbritannien versuche, seinen Finanzplatz auf Kosten anderer Länder zu schützen.

22. April: Luxemburg unterstützt die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer, so der luxemburgische Finanzminister [Luc Frieden](#).

22. April: In [Brasilien](#) geht eine neue Kampagnen-Internetseite zugunsten einer Finanztransaktionssteuer online.

20. April: [Italien](#) besteht darauf, dass Staatsanleihen von der geplanten Finanztransaktionssteuer ausgenommen werden.

20. April: [Großbritannien](#) klagt vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die geplante Finanztransaktionssteuer.

20. April: Die Niederlande könnten sich der geplanten Finanztransaktionssteuer noch anschließen. Dafür müssten jedoch noch einige Bedingungen erfüllt werden, so der niederländische Finanzminister [Jeroen Dijsselbloem](#).

18. April: [US-Finanzminister Jack Lew](#) soll privat angeblich offener gegenüber einer Finanztransaktionssteuer sein, so US-Senator Tom Harkin.

17. April: [Keith Ellison](#), US-amerikanischer Kongressabgeordneter, bringt einen weiteren Gesetzentwurf für eine Finanztransaktionssteuer in das US-Parlament ein.

16. April: Die britische [Labour-Party](#) würde eine Finanztransaktionssteuer nur akzeptieren, wenn die Steuer auch in den USA eingeführt würde, so Labour-Wirtschaftspolitiker Chuka Umunna.

11. April: Die [schweizerischen Sozialdemokraten](#) sprechen sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.

11. April: Erneut lehnt der US-amerikanische Finanzminister [Jack Lew](#) die Finanztransaktionssteuer ab.

10. April: Die [englischen Grünen](#) sprechen sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.

9. April: Der Kommissionsvorschlag zur Finanztransaktionssteuer sei unter den elf Staaten noch nicht konsensfähig, so die österreichische Finanzministerin [Maria Fekter](#). Bei den Steuersätzen sei man sich einig, es gäbe jedoch Forderungen zur Ausnahme von Market Makern und Transaktionen innerhalb von

Banken und Großunternehmen.

4. April: Der [tschechische Premier Vaclav Necas](#) denkt über eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die geplante Finanztransaktionssteuer nach.

4. April: Anlaufschwierigkeiten: Die neue italienische Finanztransaktionssteuer sorgt für Verwirrung an der [Hongkonger Börse](#).

Stand der Verhandlungen zur Verstärkten Zusammenarbeit

Derzeit verhandeln elf EU-Staaten über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Rahmen der „Verstärkten Zusammenarbeit“. Bisher haben Deutschland und Frankreich dieses Projekt entscheidend vorangetrieben. Nun schert Frankreich anscheinend aus. Die Verhandlungsführer des französischen Finanzministeriums scheinen derzeit die ursprünglich anvisierte Steuer zu blockieren. Stattdessen soll nur noch die von Sarkozy im letzten Jahr im Wahlkampf eingeführte Mini-Finanztransaktionssteuer von allen elf Staaten verwirklicht werden (in Eckpunkten: 0,2 % Finanztransaktionssteuer bei Kauf von Aktien börsennotierter Unternehmen mit Sitz in Frankreich und einer Marktkapitalisierung von mehr als 1 Mrd. €, Steuerbefreiungen für bestimmte Transaktionen, 0,01 % Finanztransaktionssteuer bei bestimmten Transaktionen im Hochfrequenzhandel und bei Kauf nicht gedeckter Kreditausfallversicherungen auf EU-Staatsanleihen durch Ansässige).

Der Kommissionsentwurf würde dadurch extrem verwässert, da die Steuerbasis im Vergleich zu einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer sehr klein ist. Dies liegt insbesondere an der fehlenden Besteuerung von Derivaten und der manipulationsfähigen Ausnahme des sogenannten Market Makings. Das wäre ein großer Rückschlag, auch für Frankreich. Eine Studie von [Unitaid](#) stellt Frankreich jährliche Einnahmen von 12,5 Mrd. € aus einer breiten Finanztransaktionssteuer in Aussicht, während es derzeit weniger als eine Milliarde Euro sein dürften.

Doch nicht nur innerhalb der elf Staaten gibt es Schwierigkeiten. Denn es sitzen alle 27 EU-Staaten am Verhandlungstisch. Einige Staaten torpedieren die Verhandlungen aktiv. So hat Großbritannien beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Steuerpläne eingereicht und wird dabei von Luxemburg unterstützt. Allerdings hatte die EU-Kommission zu Beginn des Verfahrens die rechtliche Machbarkeit überprüft und bejaht. Es gibt noch einen weiteren Grund, nicht in Panik zu verfallen: Die britische Regierung erhebt mit ihrer "Stamp Duty" selbst eine Finanztransaktionssteuer. Auch dabei wird das Ausland zur Steuererhebung verdonnert - in diesem Fall beim Handel mit britischen Aktien - und das schon erfolgreich seit vielen Jahren. Doch auch wenn die Erfolgsaussichten der Klage begrenzt scheinen und die Bundesregierung sich gelassen gibt - die Klage macht weiter schlechte Stimmung.

Kampagnenaktivitäten

Kampagnenforderungen zur Mittelverwendung

Die Kampagne hatte im Februar den Fraktionsspitzen von Union, SPD, Linken und Grünen im Februar ein Papier mit unseren Forderungen zur Mittelverwendung übergeben und anlässlich der anstehenden Bundestagswahl um Rückmeldungen gebeten. Im März-Newsletter hatten wir dazu bereits ausführlich berichtet.

Inzwischen hat der Parteivorstand der LINKEN seinen [Leitantrag](#) zum Wahlprogramm der Bundestagswahl veröffentlicht. Dort findet sich aus Kampagnensicht Erfreuliches. So heißt es auf S. 26:

"Mit einer Finanztransaktionsteuer wollen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen und die Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen. Zudem fordern wir, dass die eingenommenen Gelder zu gleichen Teilen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits sowie für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft andererseits genutzt werden. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden."

Am 14. bis 16. Juni wird der Parteitag abschließend über das Wahlprogramm beschließen.

Zu den Positionen auch der anderen Parteien:

<http://www.steuer-gegen-armut.org/politisches/deutschland/parteien/wahlkampf-2013.html>

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.